

KONFERENZBERICHT

Projektland: Ukraine

Datum: 24. April 2016

Reformen und Dezentralisierung in der Ukraine

Internationale Dezentralisierungs-Konferenz der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und Engagement Global.

Nachdem im Herbst 2015 die Verfassungsänderung zugunsten einer Dezentralisierung in der Ukraine in erster Lesung angenommen worden war, wurde im November eine Reihe von Gesetzesnovellen verabschiedet, um die Reformen vom bisherigen stark zentralistischen Staatsaufbau hin zu dezentralen Strukturen praktisch umzusetzen.

Vor diesem Hintergrund organisierte die HSS am 21. und 22. April 2016 in Lwiw die internationale Konferenz „Dezentralisierung in der Ukraine – aktuelle Herausforderungen und Perspektiven“, die als Bestandsaufnahme der aktuellen Reformen der Ukraine konzipiert war.

Wie wichtig das Thema für die aktuellen Reformprozesse in der Ukraine ist, zeigte der unerwartet hohe Zuspruch der Konferenz – 230 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, davon rund 50 aus Deutschland, waren anwesend. Neben den ukrainischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern aus dem Projektumfeld der HSS kamen rund 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Engagement Global und weitere 40 Gäste aus den Projekten der GIZ. Abgerundet wurde das Treffen von Experten und Praktikern durch die Teilnahme einer Delegation um den parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Hans-Joachim Fuchtel (MdB), deren Informationsreise durch die Republik Moldau und die Ukraine in Lwiw ihren Abschluss fand.

Das umfassende Reformprogramm zur Dezentralisierung in der Ukraine bringt große Veränderungen auf der kommunalen- und städtischen Ebene mit sich. Daher wurde während der Konferenz ein starker Akzent auf das Thema der deutsch-ukrainischen Städtepartnerschaften gelegt. Der Austausch und die Kooperation mit deutschen Partnerstädten und -gemeinden fördert die Stadtentwicklung im Allgemeinen, aber auch im Besonderen bei der Umsetzung der Reformschritte hin zu mehr Subsidiarität.

Die Konferenz eröffnete daher nach Grußworten des parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Hans-Joachim Fuchtel, des Oberbürgermeisters von Lwiw, Andreij Sadowij, des Vorsitzenden der Nationalen Agentur der Ukraine für den öffentlichen Dienst, Dr. Kostjantin Waschtschenko, sowie der stellvertretenden Leiterin der Abteilung für Beziehungen mit den Kommunen des ukrainischen Parlamentes, Valentina Rudkowska, mit einem Überblick über die Formen und Gestaltung von Städtepartnerschaften und -kooperationen in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Diesen Überblick gab Staatssekretär Fuchtel in Form eines Baukastens, der die ganze Bandbreite von verschiedenen Städtepartnerschaften vorstellte – von offiziellen, in den Prunksälen der Rathäuser förmlich protokollierten, bis hin zu kleinen, spontan gelebten Partnerschaften zwischen Städten, Stadtteilen oder Gemeinden. Detailliert ging Staatssekretär Fuchtel auf die verschiedenen Akteure der deutschen Internationalen Zusammenarbeit ein, von den Politischen Stiftungen über den Senior Experten Service (SES), die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) und Engagement Global bis zur GIZ und Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

In den Diskussionen wurde deutlich, dass Städtepartnerschaften nicht auf dem Reißbrett entworfen werden können: In der Regel sind es erste informelle und persönliche Kontakte, die sich im Laufe der Zeit zu Partnerschaften entwickeln. Besonders wertvoll waren die praktischen Erfahrungen der rund 80 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der partnerschaftlich verbundenen deutschen und ukrainischen Kommunen sowie der Vertreterinnen und Vertreter der Abteilungen und Behörden, die über die Servicestelle „Kommunen in der Einen Welt“ (SKEW, unter dem Dach von Engagement Global) an der Konferenz teilnahmen.

Die beiden deutschen Partnerstädte von Lwiw, Freiburg und Leipzig, stellten aktuelle Themen der eigenen Stadtentwicklung und Erfahrungen ihrer Zusammenarbeit mit Lwiw vor. Günther Burger, Leiter des Referates Protokoll und Internationale Kontakte der Stadt Freiburg, beschrieb die Erfahrungen im Technologietransfer zwischen Partnerstädten am Beispiel der Kooperation von Freiburg und Padua im Solarbereich. Dies ist ein Thema, das auch in der Ukraine zunehmende Bedeutung erhält.

Dr. Gabriele Goldfuß, Referatsleiterin Internationale Zusammenarbeit der Stadt Leipzig, skizzierte den Wandel der Stadt Leipzig von der deutschen Wende bis heute.

Ein weiterer Schwerpunkt der Konferenz lag am Vormittag auf zwei konkreten Partnerschaftsprojekten, die mit deutscher Unterstützung in Lwiw und Kiew durchgeführt werden. Michael Engel, stellvertretender Projektleiter der GIZ für Kommunalentwicklung und Altstadtsanierung in Lwiw, führte aus, dass viele unterschiedliche Impulse von einem solchen Projekt ausgehen, die in den unterschiedlichsten Sektoren – Architektur, Kulturgeschichte, Tourismus oder Handwerker Ausbildung – eine Initialzündung zu weiteren Transformationsschritten sein können.

Ein weiteres Modellprojekt in Kiew stellte Jakob Lichtenstein von der Firma SAP vor. Dieses Projekt „Offenes Budget“ ermöglicht eine hohe Transparenz bei den städtischen Einnahmen und Ausgaben, die verständlich aufbereitet und für die Bürgerinnen und Bürger als Online-Angebot zur Verfügung stehen.

Den Vormittag schloss Gabriele Weigt, Geschäftsführerin von bezev (Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V.), ab mit ihrem eindringlichen Appell, die Belange von Mitmenschen mit Behinderung bei der Kommunalentwicklung nicht als zusätzliche Belastung aufzufassen, sondern als Chance zur Inklusion und für den gleichberechtigten Umgang miteinander zu verstehen. Inklusion sei dabei nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit: Seit der Unterzeichnung der UN-Behindertenkonvention sei Inklusion, also die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben, ein Menschenrecht.

Der Nachmittag der Konferenz war ebenso wie der folgende Tag als Bestandsaufnahme der Umsetzung der Dezentralisierungsgesetze vorgesehen. Diesen Themenkreis eröffnete der Vorsitzende der Nationalen Agentur der Ukraine für den öffentlichen Dienst, Dr. Kostjantin Waschtschenko, mit einem Ausblick auf das neue Gesetz über den öffentlichen Dienst der Ukraine, das zum 1. Mai 2016 in Kraft treten wird. Nahezu alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung sind durch die Dezentralisierungsgesetze und das Gesetz über den öffentlichen Dienst betroffen. Es steht noch eine Flut von Gesetzesänderungen an.

Unterhalb der Gebiete (Oblast) bleiben als Verwaltungseinheiten die Kreiseben (Rayon) sowie darunter die Gemeindeebene (Gromada), deren Geschäftsordnungen und Aufgaben im Staatsaufbau grundlegend geändert werden. Als wäre eine Dezentralisierung nicht für sich selbst genommen schon kompliziert genug – immerhin gehen zahlreiche Steuern und Abgaben auf die Gemeinden über, die dafür aber auch mehr und neue Aufgaben übernehmen müssen – wird zeitgleich eine Gemeindereform durchgeführt. Möglichst viele kleine Gemeinden sollen sich – freiwillig – zu größeren Gemeinden zusammenschließen oder Teil bereits bestehender Städte werden. Im Sinne einer angemessenen Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit staatlichen Dienstleistungen ist dieser Ansatz richtig. Durch die Freiwilligkeit wird dieser Prozess aber nur sehr schwer steuerbar. Subventionen und Fördergelder für diejenigen Gemeinden, die „mitmachen“, überzeugen nicht überall unwillige Gemeinderäte oder Dorfvorsteher. Zudem fehlt eine Strategie, um diese Reformen zu kommunizieren, und es mangelt an Aus- und Weiterbildungen für kommunale Amts- und Mandatsträger. Finanzielle Mittel werden von der Regierung nicht in die Umsetzung der Dezentralisierung investiert, sondern zur Steuerung der Gemeindereform verwendet.

Im Ergebnis fühlen sich die meisten Bürgermeister und Gemeindevorsteher alleingelassen. Informationen über die neuen Gesetze sowie die Änderungen der Durchführungsbestimmungen und Geschäftsordnungen der neuen, vereinigten Gemeinden müssen sie auf verschiedenen Webseiten suchen und selbst interpretieren. Es gibt staatliche Facheinrichtungen, die sich um die Aus- und Weiterbildung im öffentlichen Dienst kümmern, aber deren Möglichkeiten können den landesweiten akuten Bedarf nicht ansatzweise decken.

Symptomatisch für die Situation ist, dass kein Vertreter des zuständigen Ministeriums für Regionalentwicklung der Einladung zu der Konferenz gefolgt ist, um sich im direkten Dialog mit Vertretern aus rund 150 Gemeinden und Städten über Erfolge und Probleme bei der Umsetzung der Dezentralisierungsreform auszutauschen.

Die Konferenz war daher für die Beteiligten eine Plattform, um sich untereinander auszutauschen und gegenseitig mit praktischen Ratschlägen und ersten Erfahrungswerten zu unterstützen. Vor allem aber nutzten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Gelegenheit, sich gegenseitig zu motivieren und zu bestärken, die Reformen allen Widrigkeiten zum Trotz umzusetzen.

Daniel Seiberling

Der Autor ist Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung für die Projektregion Ukraine, Republik Moldau und Rumänien mit Sitz in Kiew, Ukraine.

IMPRESSUM

Erstellt: 24. April 2016

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2016

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.,

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Dr. Susanne Luther, Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de